

# FÜNF JAHRE SOZIALKONFERENZ BASEL – VERSUCH EINER STANDORTBESTIMMUNG

*Dr. Marianne von Grünigen, Präsidentin des Exekutivrates der Sozialkonferenz Basel*

## 1. URSPRUNG UND ORGANISATION

Die Initialzündung für eine Sozialkonferenz in Basel gab eine Fachtagung zum Thema «Armut in Basel – gemeinsam Kurs nehmen», welche die Christoph Merian Stiftung im November 2004 im Rahmen ihres sozialen Engagements organisiert hatte. Sechzig Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Behörden, Nichtregierungsorganisationen und Betroffenen diskutierten über verschiedene Aspekte und Probleme der Armut in unserer Stadt und über Möglichkeiten, die Armutsbekämpfung durch konkrete Massnahmen und eine verstärkte Koordination der Aktivitäten effizienter zu gestalten. Forderungen nach besserer Ausbildung der Jugendlichen sowie sozialer und wirtschaftlicher Integration der Armutsbetroffenen standen im Vordergrund. Die Teilnehmenden waren sich bewusst, dass solche Forderungen einer Vertiefung und längerfristigen Begleitung bedurften, wenn sie erfolgreich umgesetzt werden sollten. Unter den sechs Stossrichtungen, die als Tagungsergebnis formuliert wurden, figurierte an prominenter Stelle die Schaffung einer Sozialkonferenz, die als Gesprächs- und Handlungsplattform eine konstruktive Zusammenarbeit und einen regelmässigen Informationsaustausch der Akteure in der Armutsbekämpfung ermöglichen sollte.

Die Christoph Merian Stiftung war bereit, zur Gründung der Sozialkonferenz finanziell Hand zu bieten und übernahm die organisatorische Federführung. Im Juni 2005 konstituierte sich der aus zwölf Mitgliedern bestehende Exekutivrat, dem paritätisch je drei Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, des Staates (Verwaltung), der Nichtregierungsorganisationen und der direkt Betroffenen angehören. Zum ersten Präsidenten wurde Prof. Dr. Leonhard Burckhardt gewählt. Ende 2007 gab er sein Amt weiter an die heutige Präsidentin, Dr. Marianne von Grünigen.

Als Ziele der Sozialkonferenz bestimmte der Exekutivrat die bessere Vernetzung der in ihm vertretenen vier Gruppen durch eine wirkungsvolle, pragmatische Zusammenarbeit, die Beteiligung an der Erarbeitung von Lösungen der anstehenden Probleme und Hilfe bei der Umsetzung entsprechender Massnahmen sowie eine Rolle als Ansprechpartnerin für Politik und Öffentlichkeit.

Von Anfang an standen im Zentrum der Aktivitäten der Sozialkonferenz jährliche Plenarveranstaltungen, um den Dialog zur Armutsbekämpfung und zu anderen sozialen Problemen in einem erweiterten Kreis zu führen, kontroverse Themen aufzugreifen und die gegenseitigen Kontakte der Beteiligten zu fördern. Ein besonderes Anliegen bleibt seit Anbeginn, die Wirtschaft besser in die Konferenzarbeit einzubeziehen. Begrüsst wird, wenn von den Plenarveranstaltungen auch eigenständige und nachhaltige Projekte inspiriert werden. Vorbereitet werden die Plenarveranstaltungen jeweils von einer Ad-hoc-Spurgruppe, die sich aus Mitgliedern des Exekutivrates, der Projektleiterin der Christoph Merian Stiftung und dem jeweiligen Moderator zusammensetzt.

## 2. DIE PROJEKTE

Die ersten drei Projekte nahmen konkrete Anliegen der Fachtagung von 2004 auf, nämlich Jugendarbeitslosigkeit, Integration von Armutsbetroffenen in Gesellschaft und Wirtschaft sowie eine Ver-

besserung des Dialogs zwischen der Sozialhilfe und ihren Klientinnen und Klienten. Die ersten beiden Themen wurden im Rahmen der Plenarveranstaltungen behandelt; das dritte Thema wurde extern vergeben und konnte inzwischen geregelt werden. Für die folgende Plenarveranstaltung wurde mit Blick auf die Wirtschaft ein Aspekt aus dem Spannungsfeld «globale Vernetzung – lokale soziale Verantwortung der Wirtschaft» gewählt. Im Jahr 2010, das zum europäischen Jahr der Bekämpfung von Arbeit und sozialer Ausgrenzung erklärt worden ist, wird die Sozialkonferenz ihre Plenarveranstaltung ihrem Kernthema «Gemeinsam gegen Armut» widmen.

Die *erste Plenarveranstaltung* am 17./18. Februar 2006 mit dem Titel «Jugend ohne Arbeit» fiel in eine Zeit, als Jugendarbeitslosigkeit nicht nur in Basel, sondern in der ganzen Schweiz eine neue Aktualität gewann und gleichzeitig nach Präventiv- und Therapiemassnahmen gesucht wurde. Sie war auch Schwerpunkt des Politikplans 2005–2009 der Basler Regierung. So wurden in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und Nichtregierungsorganisationen Programme für Schulen, für die Übergangsphase zum Beruf erstellt; so wurden die wesentliche Rolle der Migration und damit verbunden der Integration erkannt und die notwendige Kooperation zwischen Schulen und der Wirtschaft gefordert. Zur Plenarveranstaltung erschienen hundert Teilnehmende, darunter zwei Regierungsräte. Stark vertreten waren die Sozialinstitutionen, wogegen nur zehn Prozent der Anwesenden aus der Wirtschaft stammten und vor allem die Jugendlichen selbst nicht genügend vertreten waren. Die Veranstaltung, die interaktiv und ergebnisorientiert geführt wurde, intensivierte die Vernetzung der Akteure, half, die Probleme gemeinsam zu erkennen und förderte die Meinungsbildung. Im Anschluss an die Tagung wurden Empfehlungen an die kantonale Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit formuliert. Hingegen wurde auf direkte Folgeprojekte verzichtet, da die Sozialkonferenz nicht eine parallele operative Struktur aufbauen, sondern als Begleitgremium wirken wollte. In diesem Sinne wurde die Regierung informiert.

Die *zweite Plenarveranstaltung* vom 8. März 2007 war dem Thema «Lohnende Arbeitsintegration» gewidmet. Sie fand in der klassischen Tagungsform mit Referaten, Diskussionsrunden und Podiumsgesprächen statt. In drei Einführungsreferaten wurde das Thema von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite sowie aus der Sicht der Politik angegangen. Untersucht wurden die Möglichkeiten der Wirtschaft, Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit gewinnbringend einzustellen. Diskutiert wurden die Rollen der Unternehmen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit, ihre jeweiligen Rechte und Pflichten. Zudem wurde geprüft, welche Ermessensspielräume und Grenzen dem Staat vorgezeichnet sind, um die Arbeitsintegration von Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit zu fördern, und wie eine erfolgreiche Partnerschaft zwischen Sozialbehörden und Unternehmen in diesem Bereich gestaltet werden könnte. Die wiederum etwa hundert Teilnehmenden, darunter diesmal immerhin ein Viertel aus der Wirtschaft, diskutierten anhand von konkreten Projekten über Erfolgsfaktoren, Anreize, Grenzen und Hemmnisse der Arbeitsintegration, über Rollen und Pflichten der beteiligten Partner Staat, Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ziel der Sozialkonferenz war es, das Thema zu lancieren, Informationen und Kontakte zu fördern; nicht gefordert waren ausformulierte Ergebnisse. Dazu war die nur einen halben Tag dauernde Tagung auch zu kurz. Indessen wurde nicht ausgeschlossen, die Thematik Arbeitsintegration im Rahmen der Sozialkonferenz einmal in anderer Form weiterzuführen.

Nach diesen beiden erfolgreichen Veranstaltungen stellte sich erneut die Frage, wie künftige Plenarveranstaltungen die Wirtschaft besser einbeziehen könnten und ob nicht im Rahmen solcher Veranstaltungen einzelne Folgeprojekte angeregt werden sollten. Der Exekutivrat wählte für die *dritte Plenarveranstaltung* das Thema «Globale Wirtschaft und Sozialkonferenz: gemeinsam für soziale Integration». Mit einer kleineren Anzahl von Teilnehmenden – geplant waren vierzig, wegen der Nachfrage wurde auf fünfzig erhöht – wurde das Thema in einer ergebnisorientierten Zukunftswerkstatt abgehandelt. Diesmal stammte rund die Hälfte der Teilnehmenden aus der Wirtschaft, darunter ein CEO und zahlreiche führende Manager, etliche aus dem Ausland zugezogene Kader («Expats»). Die andere Hälfte teilte sich ausgewogen auf in Politik und Verwaltung, darunter eine Nationalrätin und zwei Regierungsräte, Nichtregierungsorganisationen, in Betroffene und Vertreterinnen und Vertreter aus Kultur, Bildung und Kirche. Ziel der Zukunftswerkstatt war es, die bessere gegenseitige Wahrnehmung und Kooperation zwischen zugezogenen Kadern von international ausgerichteten Unternehmen und dem sozialen Basel zu fördern, um die sozialen Bedürfnisse der

Unternehmen und ihrer Mitarbeitenden besser in die praktische und institutionelle soziale Verantwortung in Basel einzubeziehen. In drei Phasen, der Kritik-, der Phantasie- und der Realisierungsphase, wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen Thesen und Vorschläge ausgearbeitet und ans Plenum weitergegeben. Im Vordergrund standen Vorschläge zum besseren Zusammenleben von Zugezogenen und Schweizerinnen und Schweizern und damit zur Überwindung von «Parallelgesellschaften». Insbesondere sollten mehr Möglichkeiten für Zugezogene geboten werden, sich im lokalen Sozialbereich zu engagieren. Stets präsent war das Thema Sprache als Voraussetzung für solche Aktivitäten und letztlich für eine wirkungsvolle Integration. Konkrete Ideen reichten von kleinen, leicht umsetzbaren Projekten bis hin zu grossen Entwürfen, welche die ganze Stadt einschliesslich Firmen, Schulen, Vereine und Behörden zusammenbringen würden. An einem Folgetreffen am 19. Oktober 2009 wurden erste Projekte präsentiert, in denen Ideen der Zukunftswerkstatt umgesetzt werden. Im Rahmen der Sozialkonferenz entstand ein Komitee, das Zugezogene und Vertreterinnen und Vertreter des sozialen Basel, von Quartiertreffpunkten, Vereinen usw. zusammenführt, um durch gemeinsame Aktivitäten, auch im sozialen Bereich, die Integration auf allen Ebenen zu fördern. In der Zwischenzeit hat das Komitee ein ansehnliches Programm zusammengestellt. Ein Teilnehmer an der Zukunftswerkstatt und mittlerweile Mitglied des Exekutivrates stellt grosszügigerweise sein Haus zu monatlichen Treffen zur Verfügung, an denen sich andere Teilnehmende und ihre Freunde zur Fortführung der Gespräche und zum weiteren Pläneschmieden einfinden dürfen. Zudem hat eine Teilnehmerin der Universität Basel eine *Global Kids Play Group* ins Leben gerufen, in der bis heute gegen neunzig Kinder aus den verschiedensten Ländern zusammen spielen und dabei ihre Deutsch- und Englischkenntnisse vertiefen. Zudem hat die Zukunftswerkstatt den Antrieb gegeben, ausserhalb der Sozialkonferenz eine von der Christoph Merian Stiftung unterstützte Studie mit dem Titel «Expats in Basel – Integration oder Segregation?» zu verfassen. Denn dass sich für die Expats ausserhalb ihres allfälligen Engagements für das soziale Basel auch andere Fragen und Probleme in ihrem Verhältnis zu ihrem neuen Arbeits- und Wohnort stellen, die heute in der Öffentlichkeit zu wenig Beachtung finden, hat die Zukunftswerkstatt ebenfalls deutlich gemacht.

Mit der *vierten Plenarveranstaltung* am 27. April 2010 zum Thema «Gemeinsam gegen Armut» kehrte die Sozialkonferenz nach fünf Jahren zu ihren Ursprüngen zurück. Anlass dazu boten das europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und die in dessen Rahmen von der SKOS organisierte Wanderausstellung *«im Fall»*, die vom 26. April bis zum 3. Mai in Basel auf dem Theaterplatz und in der Elisabethenkirche gezeigt wurde. Angesichts der bei weitem nicht überwundenen Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren sozialen Konsequenzen sollte der Akzent vor allem auf der Zukunft liegen. Etwa 150 Personen nahmen an der OPEN-SPACE-Veranstaltung im Foyer des Theaters teil, das mit seiner offenen Architektur und dem Blick auf die SKOS-Ausstellung den idealen Rahmen bildete. Vertreten waren wiederum Politik, Verwaltung, Wirtschaft sowie Nichtregierungsorganisationen und direkt Betroffene. Ausgehend von der Überlegung, dass Armut nicht nur ein Mangel an finanziellen Mitteln, sondern ein Mangel an Verwirklichungschancen ist, der oft auf gesundheitliche, soziale und weitere Belastungen zurückgeht, wurde gemeinsam nach neuen Möglichkeiten gesucht, wie diese Chancen verbessert werden können. Im Vordergrund standen die Prävention, namentlich Bildung, Aus- und Weiterbildung sowie mehr Angebote zur Umschulung bei Arbeitslosigkeit, aber auch die Rückbesinnung auf Werte wie Solidarität und soziale Gerechtigkeit. In diesem Sinne wurden die Teilnehmenden aufgefordert, aufgrund von drei Aufgabenstellungen direkte Empfehlungen zuhanden der Sozialkonferenz zu erarbeiten. Diskutiert wurde in kleinen Gruppen, die für jede Aufgabe neu zusammengesetzt wurden, um eine grösstmögliche Durchmischung der verschiedenen Fachbereiche und Meinungen zu erzielen. Gemäss Aufgabe 1 waren erfolgreiche Modelle zur Überwindung und Prävention der Armut zusammenzufassen. In Aufgabe 2 ging es um Trends, die heute und künftig die Armut prägen. Aufgabe 3 verlangte – aufbauend auf den Erkenntnissen der vorgängigen Debatten – Vorschläge von Themen und Projekten, die in einer letzten Runde vertieft und als direkte Empfehlungen an die Sozialkonferenz formuliert wurden. Begleitet wurde der Diskussionsprozess von drei Experten aus Verwaltung, Wirtschaft und Lehre, die nach jeder Runde zusammenfassten und zur nächsten Aufgabe überleiteten. Nach ihrer Stossrichtung zielen die vielen Vorschläge darauf ab, im Bildungsprozess namentlich die Frühförderung weiterzuentwickeln. Sodann soll die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und der Wirtschaft intensiviert werden, um vermehrt für soziale Fragen zu sensibilisieren und schwache Arbeit-

nehmende vor Entlassungen zu bewahren; dazu gehören auch Vorschläge zur Förderung des sozialen Unternehmertums mit Starthilfen für innovative Projekte, die schwachen Arbeitnehmenden Anstellungschancen eröffnen. Verschiedene Vorschläge verlangen mehr Transparenz und Konzentration der Angebote im sozialen Basel, auch eine Vereinfachung der Abläufe bei sozialen Diensten. Schliesslich sollen Eigeninitiative und Selbstverantwortung z.B. im Rahmen des Zulagensystems «belohnt» werden. Diese Empfehlungen werden nun vom Exekutivrat geprüft. Er muss abklären, inwieweit sie sich für durchsetzungsfähige neue Projekte eignen oder zur Stärkung bereits existierender Bemühungen verwendet werden können.

### 3. STANDORTBESTIMMUNG ALS RÜCK- UND AUSBLICK

In den vergangenen fünf Jahren ist die Sozialkonferenz zu einem festen Bestandteil des sozialen Basel geworden. Dass dies möglich war, ist in erster Linie der engagierten und kollegialen Zusammenarbeit im Exekutivrat und der effizienten finanziellen und logistischen Unterstützung der Christoph Merian Stiftung zu verdanken. Die paritätische Zusammensetzung des Exekutivrates aus den vier Gruppen Staat, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen und Betroffene und die hochkarätige Vertretung dieser Gruppen haben sich als wesentlich erwiesen für ausgewogene und den Zielen entsprechende Aktivitäten und namentlich für eine aktuelle Themenwahl für die jährlichen Veranstaltungen. Bisher wurden sämtliche Tagungen von den Teilnehmenden als positiv, nützlich und inspirierend eingeschätzt. Der Exekutivrat verhielt sich zurückhaltend, aus den Ergebnissen der Veranstaltungen eigene Folgeprojekte zu entwickeln. Er verstand sich eher als Katalysator für Aktivitäten, die anderswo durchgeführt werden. Im Grundsatz bleibt dies sicher richtig, vor allem wenn – wie dies in Basel oft der Fall ist – andere Foren und Institutionen vorhanden sind, die solche Projekte kompetent an die Hand nehmen können. Wünschbar wäre allenfalls, dass Projekte, die auf Plenarveranstaltungen zurückgehen, gelegentlich auf ihre Nachhaltigkeit überprüft werden könnten.

In Zukunft wird sich der Exekutivrat weiterhin bemühen müssen, vorausdenkend Themen zu wählen, die im sozialen Bereich neue Herausforderungen an die Gemeinschaft stellen und den Bedürfnissen aller im Rat vertretenen Gruppen entsprechen. Die Plenarveranstaltungen sollten regelmässig ergebnisorientiert sein, um die Inhalte operationell weiter entwickeln zu können. Schliesslich wird es in den kommenden Jahren gerade am Wirtschaftsstandort Basel immer wichtiger werden, die Wirtschaft auch bei sozialen Fragen an Bord zu haben. Unter diesen Voraussetzungen wird die Sozialkonferenz ihre Rolle als Gesprächs- und Handlungsplattform für soziale Fragen in Basel wahren und sogar ausbauen können.